

Inserate werden angenommen  
in Posen bei der Expedition  
der Zeitung: Wilhelmstr. 17,  
Herr. Ad. Schles. Postlieferant  
Gr. Gerber- u. Breiteler-Ecke.  
Otto Gießel in Birma  
J. Neumann, Wilhelmplatz 8

Verantwortliche Redakteure:  
F. Hachfeld für den politischen  
Theil, A. Beer für den übrigen  
redaktionellen Theil, in Posen.

Nr. 182

Die "Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal,  
an Sonn- und Feiertagen jedoch nur zwei Mal,  
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-  
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für  
 ganz Deutschland. Beiträge nehmen alle Ausgaben  
 der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

# Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Montag, 13. März.

Inserate werden angenommen  
in den Städten der Provinz  
Posen bei unseren  
Agenturen, ferner bei den  
Ulanconen-Expeditionen  
And. Posse, Haasenstein & Vogler &c. &c.,  
G. L. Danck & Co., Invalidenamt.

Verantwortlich für den  
Inseratentheil:  
J. Klugkist  
in Posen.

1893

Inserate, die längere Zeitzeile oder deren Raum  
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite  
80 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., auf bevorzugter  
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die  
Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die  
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

## Deutscher Reichstag.

64. Sitzung vom 11. März, 1 Uhr.

Der Antrag Gröber auf Einstellung des Strafverfahrens  
gegen den Abg. Stöckel wegen Vergehens gegen das Vereins-  
gebot wird angenommen.

Die Berathung des Militäretats wird fortgesetzt bei dem  
Kap. "Geldverpflegung" und zwar beim Titel "Mannschaften".

Abg. Hinze (dfr.) bringt die Einziehung der Einjährig-Frei-  
willigen zu Landesübungen zur Sprache. Der Reichstag hat  
früher eine Resolution angenommen, in der die Bitte ausgesprochen  
wird, dieselben nach dem 32. Lebensjahr nicht einzuziehen. Der  
Generalmajor v. Gosler erwiderte damals, daß der Reichskanzler  
eine authentische Interpretation geben werde. Der Bundesrat  
hat beschlossen, der Resolution keine Folge zu geben. Ich bitte, die  
Gründe hierfür anzugeben.

Generalmajor v. Gosler erwidert, daß der Reichskanzler ent-  
schieden habe, daß die bisher geübte Praxis mit dem Gesetz nicht  
in Widerspruch steht und keine Folgen gehabt hat, welche eine  
Ungerechtigkeit in sich schließen.

Abg. Hinze (dfr.): Meine Ansicht ist nach wie vor, daß,  
wenn das Gesetz die Erleichterung gewährt, der Einjährig-Frei-  
willige könne bis zum 26. Lebensjahr sich zurückstellen lassen, und  
wenn ihm ein solcher Aufschub gewährt wird, kein Verschulden  
seinerseits eingetreten ist. Nun können aber nach dem Gesetz nur  
Dienstjenigen, welche durch ein Verschulden zu einem späteren Ein-  
tritt gelangt sind, über das 32. Lebensjahr hinaus eingezogen wer-  
den. Ich muß mir vorbehalten, bei einer künftigen Gelegenheit,  
wenn auf dem Wege der Resolution nicht vorwärts zu kommen ist,  
einen Antrag auf Abänderung des betreffenden Paragraphen zu  
stellen.

Abg. Richter (dfr.): Dieser Vorfall befindet wieder aufs  
Neue, wie notwendig es ist, eine unabhängige oberste Instanz zu  
schaffen, die überstreitige Auslegungen des Reichsmilitärgesetzes  
entscheidet. Ich hatte mich schon bemüht, in diesem Sinne einen  
Ausgleich herbeizuführen bei Berathung des neuen Militärgesetzes  
von 1874. Es handelt sich darum, wie weit der Umfang der  
Militärverpflichtung für den einzelnen Mann geht. Jetzt wird  
darüber vom Reichskanzler entschieden. Ich bin weit entfernt,  
anzunehmen, daß der Reichskanzler nicht nach seiner sachlichen  
Überzeugung objektiv sich bemüht hat, die Sache zu entscheiden,  
aber es liegt auf der Hand, daß er, der mit so vielen wichtigen  
Geschäften belastet ist, dessen Sicht nach den verschiedenen Rich-  
tungen in Anspruch genommen ist, nicht die Vorsicht gewährt  
für eine wirklich eingehende Entscheidung solcher Rechtsfrager, wie  
dies bei einem zu diesem Zweck eingesetzten Gerichtshof der Fall  
wäre. Was nutzen uns richterliche Entscheidungen minder wichtiger  
Art, wenn für solche Fälle eine unabhängige Instanz nicht besteht  
und nun sich das Schauspiel vollzieht, daß im Widerspruch mit  
den Erklärungen des Reichstages die Militärverwaltung Leute zu  
Übungen heranzieht, die in diesem Lebensalter der Reichstag für  
nicht mehr gesetzlich zulässig erklärt. (Beifall links.)

Beim Titel "Erhaltung der Pferde" bemerkt

Abg. v. Reibnitz (dfr.): Beim Dragoner-Regiment in Tilsit  
hat sich der Uebelstand herausgebildet, daß die Krümper-Pferde  
nicht allein zu dienstlichen Zwecken benutzt werden, sondern auch  
zu Spazierfahrten und dergleichen benutzt werden. Darüber ist  
bereits vor drei Jahren Beschwerde geführt worden. Diese Be-  
schwerde ist aber erfolglos geblieben, und die betreffenden Führ-  
halter, welche sich in ihrem Interesse geschädigt glaubten, haben  
sich am 13. März 1892 wieder an den Kriegsminister gewendet.  
Der Kriegsminister hat zugesagt, daß Abhilfe geschaffen werden  
würde. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Vermissten der  
Krümperpferde und Führerwerke an Zivilpersonen, wie es mehrfach  
vorgekommen ist, unzulässig ist. Ich muß hierbei erwähnen, daß,  
während die Abhilfe unter dem 10. Mai versprochen worden ist,  
bereits am 29. Mai, also drei Wochen später, die Pferde von neuem  
an Zivilpersonen vermisst wurden sind. Das wirft ein eigen-  
thümliches Licht auf die Art, wie Befehle von den untern mili-  
tärischen Instanzen ausgeführt werden, wenn diese Befehle zu  
Gunsten des Zivils gegeben sind. Einer der betreffenden Wacht-  
meister hat die ganze Bestimmung etwas höhnend aufgesagt. Er  
hat in Gegenwart von mehreren Zivilpersonen gesagt: Was habt  
ihr mit eurer Beschwerde erreicht? Wir haben gefahren, wir  
werden auch weiter fahren, wie werden noch mehr als früher  
fahren. Das ist ein Beweis, daß nicht in allen Fällen die straffe  
militärische Disziplin bei den untern Organen vorhanden ist, wie  
sie vom Bundesrathstisch als notwendig dargestellt wird, beson-  
ders da, wo die Ausübung der straffen Disziplin im Interesse der  
Zivilbevölkerung liegt. Unter den Führern Tilsits herrscht die  
Überzeugung, daß nach wie vor weiter gefahren wird. Es wird  
nur mit mehr Vorsicht gefahren, und es ist nicht mehr möglich  
gewesen, diese Führer so zu konstatieren, daß es in einer beweis-  
kräftigen Art und Weise den Behörden vorgebracht werden kann.  
Die Führer waren ohnehin durch die Erschwerung der Getreide-  
einfuhr aus Russland schwer geschädigt. Die Sache hat jedoch  
noch eine weitere Bedeutung. Wir wollen hier keine Ausgaben  
machen für Militärpferde, um Zivilpersonen zu schädigen. Die  
Sache ist um so merkwürdiger, als jetzt die Militärverwaltung mit  
dem vorhandenen Pferdematerial nicht auszufommen behauptet und  
weitere Forderungen an uns stellt. Ich bitte um eine bindende  
Erklärung, daß solche Vorgänge in Zukunft nicht mehr sich wieder-  
holen. (Beifall links.)

Generalmajor v. Gosler verliest das Reglement über die  
Verwendung der Dienstpferde, welchen Bestimmungen entsprechend  
verfahren worden sei.

Abg. Richter (dfr.): So einfach liegt die Sache doch nicht.  
Es handelt sich hier um einen alten Mißbrauch bei der Be-  
nutzung von Krümperpferden, der hier wieder zum  
Vorschein gekommen ist. Ich will nochmals konstatieren für die-  
jenigen Herren, denen das nicht näher bekannt sein sollte, daß die  
Krümperpferde zwar außerordentlich sind, aber aus dem Etat  
durchgefüttert werden. Nun liegt die Sache so: zunächst haben sich  
die Lohnfahrer beschwert wegen Beeinträchtigung dadurch, daß  
die Krümperpferde zu Lohnfahrt verwendet worden sind. Darauf

ist in einzelnen Fällen erwidert worden und in einem Falle hatte  
man einen Mißbrauch anerkannt. Es ist aber dem betreffenden  
Beischwerdeführer nicht gelangt worden, was als Mißbrauch und  
was als gerechtfertigter Gebrauch anzusehen ist. Die vorgelesenen  
Bestimmungen sind so allgemein gefaßt, daß darunter sehr leicht  
auch Verwendungen fallen können, die offenbar nicht dem Zweck  
der Bewilligung entsprechen. Wir müssen vor allem daran fest-  
halten, daß solche Pferde, die aus Staatsmitteln erhalten werden,  
nur im Interesse des Dienstes verwendet werden. Es ist in den  
Bestimmungen der Verordnung auch die Rede davon, daß die  
Pferde „im Interesse der Offiziere“ benutzt werden können. Wenn  
Dienstpferde für Privataufgaben, die mit dem Dienst der Offiziere  
gar nichts zu thun haben, verwandt werden, so halten wir das  
eben so wenig für Recht, als die Verwendung für Lohnfahrten.  
Wir verlangen eine ganz scharfe Scheidung bei der Verwendung  
von dienstlichen Personen, von dienstlichem Material zwischen den  
Interessen des Militärdienstes und dem Privatdienst der Offiziere  
und können es nicht dulden, daß Menschen oder Pferde für den  
Privatdienst der Offiziere verwendet werden, so weit es nicht aus-  
drücklich nach den allgemeinen Bestimmungen zugelassen ist. Ich  
bin allerdings auch der Meinung, daß diese Beobachtungen uns zur  
Rücksicht machen müssen, wenn jetzt im Interesse des Kriegsdienstes  
bei allen Kavallerieregimentern die Zahl der Pferde vermehrt  
werden soll, dem entgegenzutreten, denn das kann dazu führen, daß  
man später nur um so freigebiger ist, Dienstpferde für Privatzwecke  
zu verwenden.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Kapitel "Bekleidung und Ausrüstung" bemerkt Abg.  
Richter (dfr.): Wenn wir früher auf die unangemessene  
Bekleidung und Ausrüstung des Militärs aufmerksam  
machten, so wurde das zurückgewiesen. Das hat sich geändert mit  
der Einführung einer auf weite Entfernung und mit größerer  
Sicherheit tragenden Waffe und mit der Einführung des rauch-  
schwachen Pulvers, welches es dem Schützen ermöglicht, unbehin-  
det vom Pulverbampf besser zu ziehen. Es liegt auf der Hand,  
daß gegenüber solchen Verhältnissen alles, was blont ist und blitzt,  
alle grell in die Augen fallenden Farben das Ziel für den Schützen  
ganz außerordentlich erleichtern. In der militärischen Fachliteratur  
tritt die Befürchtung immer mehr hervor, ob es gerechtfertigt  
wäre, die Bekleidung und Ausrüstung beizubehalten. Auch das  
größere Publikum wendet diesen Fragen immer mehr Interesse zu,  
die an sich so einfacher Natur sind, daß auch der Laie sie versteht.  
Man fragt hier wiederum, ob man es unter solchen Umständen  
weiter verantworten kann, den farbigen Aufzug der Kavallerie  
in einheitlicher Uniform geschaffen wird, wie wir es  
schon bei der Infanterie und Artillerie haben. Die Steigerung  
der Lasten im Heer wird immer größer, und es wird von klugem  
Entgegenkommen der Heeresverwaltung zeugen, wenn an Stellen,  
wo zu sparen ist, gespart wird. Man verhindert die Verschwendungen  
und dergleichen Bierzett damit, daß sie auf Tradition beruhen.  
Die Tradition der Regimenter sollte in ihren Geist hineingelegt  
werden, an der Uniform liegt nicht. Die Kürassierregimenter,  
die so besonders stolz auf ihre Tradition sind, waren an ihrem  
Ruhmstage Dragonerregimenter.

Generalmajor v. Junk: Der farbige Kavallerieanzug ist  
nicht ganz ohne Vorzug in taktischer Beziehung. Nach den An-  
griffen, den Attacken der Kavallerie ist es ganz besonders wichtig,  
daß die Regimenter aufs schnellste sich sammeln. Das Sammeln  
der einzelnen Regimenter wird erleichtert und beschleunigt dadurch,  
daß sie auffallend verschiedene Uniformen haben. Ich gebe gern  
zu, daß die verschiedenen Uniformen nicht um dieses Vortheils  
willen entstanden sind, aber der Vortheil bleibt doch bestehen.  
Unsere militärische Kleidung und Ausrüstung ist im Großen und  
Ganzen außerordentlich billig. Alles in Allem kommt, wenn man  
alle Waffengattungen durchmänt, nicht auf den Kopf 63,23 M.  
heraus. Wenn nun einzelne Regimenter einige Bierzett haben,  
so wird das mehr als ausgleichen durch die Einfachheit der  
anderen Uniformen. Der Vorredner legt mit Recht Wert darauf,  
daß die Traditionen auf die geistigen Potenzen verlegt werden,  
aber man bedenke, daß diese sich auch äußerlich anknüpfen an solche  
Besonderheiten.

Generalmajor v. Junk: Der farbige Kavallerieanzug ist  
nicht ganz ohne Vorzug in taktischer Beziehung. Nach den An-  
griffen, den Attacken der Kavallerie ist es ganz besonders wichtig,  
daß die Regimenter aufs schnellste sich sammeln. Das Sammeln  
der einzelnen Regimenter wird erleichtert und beschleunigt dadurch,  
daß sie auffallend verschiedene Uniformen haben. Ich gebe gern  
zu, daß die verschiedenen Uniformen nicht um dieses Vortheils  
willen entstanden sind, aber der Vortheil bleibt doch bestehen.  
Unsere militärische Kleidung und Ausrüstung ist im Großen und  
Ganzen außerordentlich billig. Alles in Allem kommt, wenn man  
alle Waffengattungen durchmänt, nicht auf den Kopf 63,23 M.  
heraus. Wenn nun einzelne Regimenter einige Bierzett haben,  
so wird das mehr als ausgleichen durch die Einfachheit der  
anderen Uniformen. Der Vorredner legt mit Recht Wert darauf,  
daß die Traditionen auf die geistigen Potenzen verlegt werden,  
aber man bedenke, daß diese sich auch äußerlich anknüpfen an solche  
Besonderheiten.

Abg. Richter (dfr.): Der Generalmajor hat gesprochen von  
Neuerungen der Tagespresse. Gerade in der militärischen Tages-  
presse findet man die schärfsten Urtheile über die jetzige Bekleidung  
und Ausrüstung. Ich erinnere nur an den bekannten Aufsatz des  
Majors Reim im "Militärwochenblatt", desselben Major Reim, der  
jetzt verwendet wird zu besonderen Dienstleistungen für die Mili-  
tarvorlage. Die Herren müssen ihn doch als einen besonders sach-  
verständigen Mann halten. Dann möchte ich bitten, ihm auch mehr  
zu folgen in seinen Urtheilen über die Bekleidung und Ausrüstung  
der Truppen. Wenn im Ernstfalle der Helm im Kriege überzogen  
wird, warum wird er im Frieden blinkend und blitzend getragen?  
Man sagt uns, man muß den Soldaten im Frieden an alle Neuer-  
lichkeiten des Krieges gewöhnen. Warum läßt man ihn im Frieden  
eine Kopfbedeckung tragen, die im Kriege einer Veränderung  
unterworfen ist? Warum das weiße Lederzeug und die blinkenden  
Knöpfe, die so viel Unzucht verursachen, weiter gebraucht werden,  
um entgegen zu begreifen, wie daß der hohe und  
enge Halskragen von Vortrefflichkeit sein soll. Man beruft sich auf den  
letzten Krieg. Das kommt mir so vor, als wenn man die damals  
gebrauchten Gewehre hätte beibehalten wollen mit Veruf auf die  
Erfolge des letzten Krieges. Als von mir und dem Abg. Möller  
vor zehn Jahren darauf hingewiesen wurde, wie verkehrt und falsch  
es wäre, noch heute Kürasse zu tragen, da wurden wir mit Be-  
rufung auf das Historische und die Tradition abfällig beurtheilt.  
Heute ist der Kürass aus der Ausrüstung völlig ausgeschieden  
worden. In den allgemein anerkannten Löbesschen Jahresberichten  
heißt es: "Die Tradition des preußischen Heeres ist es, zu siegen.  
Man wird auch in Zukunft siegen, selbst in einer Littera und  
ohne Helm".

Generalmajor v. Junk: Der Helm wird im Kriege ebenso  
getragen wie im Frieden. Die Kappe wird nur überzogen bei der  
Nähe des Feindes. Ganz dasselbe geschieht im Frieden im Manöver.  
Wenn Parteien gegen einander kämpfen, wird die Kappe gebraucht,  
sonst nicht. Das Festhalten an den blinkenden Knöpfen bringt  
keinen Vortheil. Es ist festgestellt worden, daß der geringe Glanz  
dieser wenig umfangreichen Metallstücke unschädlich ist. Sie sind  
auch dauernder als Hornknöpfe.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel "Gefangenwesen" bemerkt  
Abg. Hauckmann (Ep.): In einem württembergischen Blatt  
war zu lesen, daß der Major Herbert in Ulm seines Amtes als  
Oberaufseher der Gefangen entbunden worden sei. Diese Mit-  
teilung wurde mit Beifall begrüßt, da dieser Major sich vielfach  
Mißbrauch seiner Amtsgewalt hat zu Schulden kommen lassen.  
Der Major strengte Klage gegen den Redakteur wegen Beleidi-  
gung an. In dem Gerichtsverfahren erschien der Major nicht,  
und der Staatsanwalt erklärte, daß er keine Beleidigung in  
dem betreffenden Artikel erkennen könne. Der Angeklagte wurde,  
ohne daß man die Zeugen vernahm, freigesprochen. Das ist  
ein ganz merkwürdiges Vorgehen. Nun sollte es doch der  
württembergischen Regierung selbst daran liegen, durch ehrliche Ver-  
nehrung der vorgeschlagenen Zeugen den wahren Sachverhalt  
fennen zu lernen. Redakteur bringt darauf eine Reihe von Fällen  
vor, in denen Leute wegen geringer Vergehen mit schweren Arrest-  
strafen belegt worden seien. Die Behandlung in dem Gefangen  
sei außerordentlich hart gewesen, die Gefangenen hätten in ihren  
Anzügen schlafen müssen, und einer sei sogar bestraft worden, weil  
er im Schlaf gesprochen habe. (Hinterkeit.) Die Leute wurden  
wochenlang geschlossen gehalten, bis sie frank wurden und umfielen.  
Das Sprechen im Arrest wurde mit strenger Strafe geahndet. Da-

einem andern Fall sei das Umhergehen im Arrestlokal, selbst das Ausziehen eines gewissen Kleidungsstückes verboten worden. Diese Erzählungen beweisen einen Missbrauch der Disziplinargewalt, oder, wenn es den Bestimmungen entsprechend geschehen ist, zeigen sie, daß die Vorschriften ganz verfehlt sind. Ein solches Verfahren ist roh und grausam. Besonders ist Folgendes: Ein Mann hat sich vor Gericht gestellt mit der Anschuldigung, er habe vor Jahren einen Meineid geleistet. Bei näherer Nachforschung ergab sich, daß er das gethan hat, nur um ins Buchthaus zu kommen und nicht unter Herbergs Aufsicht im Gefängnis zu bleiben. Möge die württembergische Verwaltung diesen Dingen mit allem Nachdruck nachgehen! Wir werden sie darin unterstützen und thun es dadurch, daß wir solche Dinge hier zur Sprache bringen. Am besten wird geholfen werden durch Abänderung des Militärstrafverfahrens, der bald eine Abänderung der Militärstrafvollstreckung folgen muß.

Generalleutnant v. Spitz: Die Ausführungen, die Soldaten würden in den Selbstmord getrieben durch die Angst vor Gefängnisstrafen, treffen nicht zu. In den weitauft meistens Fällen ist es nicht die Furcht vor Gefängnisstrafen, sondern ganz gewöhnlichen Disziplinar- und Rechtsstrafen sehr geringer Art. So kommt es vor, daß der Mann über den Zapsenstreit ausbleibt, sich amüsiert und dann seinem Leben ein Ende macht, um der geringen Disziplinarstrafe zu entgehen. Wir haben in Preußen ganz besonders gute Instruktionen für die Militärstrafanstalten. Die Herren können sich durch einen Besuch der großen Militärstrafanstalt in Spandau — der Kriegsminister wird ihnen die Erlaubnis sicher geben — belehren, daß diese befolgt werden, wenn sie überhaupt fähig sind, sich belehren zu lassen. (Beifall rechts, Unruhe und Zurufe links.)

Württembergischer Bevollmächtigter Oberst Freih. v. Watter: Die hier angegebenen Thatachen sind nicht zur Kenntnis der württembergischen Regierung gekommen. Dieselbe hat stets ihre Aufmerksamkeit auf das Festungsgefängnis in Ulm gerichtet. Es finden regelmäßig zu verschiedenen Zeiten Revisionen statt. Bei berechtigten Beschwerden wird die Verwaltung in jeder Weise Abhilfe schaffen.

Abg. Haufmann (Bp.): Die letzten Bemerkungen des Generalleutnants v. Spitz veranlassen mich zu einer Erwidern. Ich glaube nicht, daß das seitens eines Regierungsvertreters der richtige Ton ist, mit einem Abgeordneten zu sprechen (Lebhafte Zustimmung links). Ich glaube nicht, daß der Herr in der Lage ist, zu bestreiten, daß, wenn das von mir Vorgetragene richtig ist, es Misstände sind. Er hat sich ja auch bestrebt, nachzuweisen, die Verhältnisse in Preußen seien viel besser als bei uns und hat damit zugegeben, daß das wirklich schlimme Zustände sind. (Zustimmung links.) Dem gegenüber hätte der Regierungsvertreter doch wohl lebendigere Worte des Verdammens finden müssen als solche allgemeine Entschuldigungen. (Zustimmung links.) Ich bin gern bereit, von der preußischen Einladung nach Spandau zu gehen, Gebrauch zu machen, wenn mir die Sitzungen dieses Hauses Zeit lassen. Im großen und ganzen haben wir die Meinung, daß die in württembergischen Militärcreisen herrschende Auffassung von der Disziplinargewalt gerade unter der Einwirkung der preußischen Verhältnisse zu Stande gekommen ist. Die Bemerkung, die Leute haben häufig nicht vor der Gefängnisstrafe Angst, sondern vor den gewöhnlichen Strafen, berührt einen Punkt, welcher der weiteren Betrachtung wert ist. Ich meine besonders die Strafe des Dunkelarrestes. Ich behaupte, schon mancher hat sich das Leben genommen aus Angst vor dem Dunkelarrest, weil das eine Strafe ist, die auf Geist und Körper niederrückend wirkt, eine Strafe, von der ich bedaure, daß wir sie in unserem Strafsystem überhaupt noch haben. (Lebhafte Zustimmung links.)

Generalleutnant v. Spitz: Ich muß mich dagegen vertheidigen, als ob ich irgendwie hätte behaupten wollen, daß in Württemberg die Strafanstalten in einem schlechteren Zustande sich befinden, als in Preußen. Ich weiß darüber gar nichts. Mir fehlt jedes Material zu einem Vergleich. Ich habe mich bloß dagegen gewandt, als ob die Zustände, wie er sie dargestellt hat, gerade so in Preußen seien. Wenn der Vorredner sich durch meine Schlussbemerkung verletzt fühlt, so ist mir dieses Wort deshalb entfallen, weil er, als ich in ruhiger Weise die Zustände darlegte, mir höhnisch ins Gesicht lachte.

Abg. Haufmann (Volkspr.): Es ist wahr, ich habe für die freundliche Einladung des Herrn Generals nach Spandau ein freudliches Lächeln gehabt. Er hat sich in der Auslegung der Motive meines Lächelns getäuscht. Aber selbst wenn seine Aussage richtig gewesen wäre, hat er kein Recht, den Ausdruck gegen mich zu gebrauchen, den er gebraucht hat. Wenn eine solche Ausdrucksweise in das parlamentarische Leben eingeführt würde, wenn wir mit gleicher Münze gegenüber der Regierung auftreten müßten, so wäre das kein Vortheil gegenüber dem parlamentarischen Ton. (Zustimmung links.)

Abg. Szmulia (Btr.): Es scheint mir, als wenn durch die Art und Weise, wie gestern und heute die Militärverwaltung angegriffen worden ist, Ungehorsam in die Armee gebracht werden soll. Während ich beim Garde-Schützenbataillon stand, habe ich niemals gehört, daßemand in beleidigender Weise behandelt worden wäre. Der Ton der geistigen Verhandlung ist durchaus kein angemessener gewesen. (Präsident v. Lebeckow bittet den Redner, auf die gestrige Verhandlung nicht wieder zurückzufommen.) Die Herren müssen doch anerkennen, der Strafvollzug ist viel humorer geworden. Die Gefängnisse befinden sich in besserer Verfassung. Überall haben Neubauten stattgefunden, es gibt keine dumpfen Gefängnisse mehr. Auf das Wohl befinden der Soldaten wird vollständig Rücksicht genommen. Der Dunkelarrest aber wird nur bei ganz besonders schweren Vergehen verhängt. Ich wiederhole, die ganze Art und Weise der geistigen Diskussion war nur geeignet, die Militärverwaltung vor dem Lande und ganz Europa herabzusezen. (Beifall rechts, lebhafte Zurufe und Unruhe links.)

Generalleutnant v. Spitz: Ich kann nochmals erklären, daß ich das Lachen von dem Abgeordneten für ein höhnisches gehalten habe. Wenn der Herr Abgeordnete mir sagt, daß sei nicht der Fall gewesen, so bin ich überzeugt, daß es nicht der Fall war, und ich würde nicht den Ausdruck gebraucht haben, wenn ich diese Überzeugung früher gehabt hätte.

Abg. Richter (dfr.): Ich wollte nur bemerken, daß es nicht angängig ist, die Diskussion auf die Gesichtszüge auszudehnen.

Präsident v. Lebeckow: Das gehört nicht zu diesem Titel.

Abg. Richter: Es gehört aber zur Antwort auf die Bemerkungen des Generalleutnant v. Spitz.

Präsident v. Lebeckow: Herr v. Spitz hat es aber nur mit dem Abg. Haufmann zu thun.

Abg. Richter: Ich habe das Recht, auch Regierungs-Kommissarien zur Rede zu stellen, wenn sie meines Erachtens einen Ton anschlagen, der nicht parlamentarisch gerechtfertigt ist. Das ist keine Privatunterhaltung, sondern ich bin auch berechtigt, im Namen des Hauses zu sprechen, ich werde mir dieses Recht nicht nehmen lassen.

Präsident v. Lebeckow: Aber die Sache ist doch bereits erledigt.

Abg. Richter: Das ist doch meine Sache, zu entscheiden, ob die Angelegenheit erledigt ist. Wir sind doch nicht dazu da, Befehl zu empfangen.

Präsident v. Lebeckow: Von wem haben Sie Befehl zu empfangen, von mir?

Abg. Richter: Ja.

Präsident v. Lebeckow: Nein, das ist unrichtig. Ich überschreite meine Gewalt nicht. Es fällt mir nicht ein, das Haus wie eine Schule zu behandeln und die Abgeordneten wie Schüler.

Abg. Richter: Ich erkenne vollkommen an, daß Sie mich zur Ordnung rufen können, aber wenn ich etwas nicht für erledigt halte, wo zu ich berechtigt bin, so muß ich es meiner alleinigen Entscheidung vorbehalten, ob ich über eine vorgängige Diskussion Bemerkungen machen will.

Präsident v. Lebeckow: Ich habe nur das Ersuchen an Sie gerichtet, diese Sache für erledigt zu halten.

Abg. Richter: Ich möchte dem Abg. Szmulia bemerken, daß es dem parlamentarischen Brauche völlig widerspricht, wenn man aus irgend einem Grunde einer Sitzung nicht hat betwohnen können, dann am folgenden Tage auf Grund eines wahrscheinlich sehr schlechten Zeitungsberichtes eine Vorlesung zu halten über den Ton der früheren Verhandlung. Ich verwahre mich gegen eine derartige, im übrigen gar nicht substantielle Kritik, um so mehr, als wir schon mehrfach erlebt haben, daß Herr Szmulia in dieser Materie nicht die Unterstützung seiner Partei gefunden hat.

Abg. Szmulia (Btr.): Ich habe meine Wissenschaft aus liberalen und freiminnigen Zeitungen. Ich konstatte, daß ich in der Militärangelegenheit nur einmal, nicht mehrmals, wie Herr Richter meinte, hier gesprochen und da allerdings nicht die Zustimmung meiner Partei gefunden habe.

Abg. Haufmann (Bp.): Gegenüber der wiedergeholten Behauptung, es sei hier in der Behandlung dieser Frage ein unpassender Ton angeschlagen, betone ich, daß wir der Arbeit überhoben sein würden, diese Dinge zur Sprache zu bringen, wenn das Zentrum sich dieser Beschwerden annimmt. Wenn der Vorredner gemeint hat, durch die Behandlung solcher Dinge seje man die Armeegesetzungen vor dem Lande und vor Europa herab, so meine ich, wenn diese Dinge wahr sind — und wir haben Grund, sie für wahr zu halten — so setzen die Dinge die Einrichtungen herunter. (Sehr wahr! links.) Es ist unrecht von einem Abgeordneten des Zentrums, daß er uns, wenn wir diese Dinge mit Energie betreiben wollen, in die Arme fällt, indem er seinerseits erklärt, diese Dinge lämen nicht vor, während er doch nicht wissen kann, ob die Dinge, die ich besprochen habe, nicht Wort für Wort wahr sind. Bentistens hätte ich erwarten können, daß er es ausgedrochen hätte, er würde, wenn das wahr wäre, was ich gesagt habe, es selbst tadeln und sich nur mit dem Wunsch anschließen, daß es besser werden würde. (Beifall links.)

Abg. Grüber (Btr.): Der Abg. Haufmann erhebt gegen uns den Vorwurf, daß wir an den Nebelständen schuld seien, indem wir nicht dazu beigetragen haben, sie abzuschaffen. Er muß uns sagen, wo wir das gethan haben. (Zuruf: Sie haben im Vorjahr gegen die Resolution gesprochen!) Wir sind ja gewohnt, von der Volkspartei mit dieser Resolution immer und immer wieder angegriffen zu werden, und auch Abg. Haufmann will daraus Kapital für gewisse Agitationen in Württemberg schlagen. Das ist der Zweck seiner Rede. Die Frage der Soldatenmitthandlungen wurde damals von allen Seiten behandelt. Man hat verschiedene Vorschläge gemacht. Ich habe vorgeschlagen, wir sollten das bayrische Verfahren einführen. Wir haben geglaubt, daß es einen besseren Eindruck macht, wenn man den ganzen Reichstag auf eine Resolution vereinigte, als wenn man für eine andere eine schwache Mehrheit bekommt. Sie haben damals unsere Absichten hintertrieben. In der Hauptsache sind wir alle gleicher Meinung gewesen. Wer von uns hat jemals die Soldatenmitthandlungen auch nur im Geringsten zu bekräftigen versucht? (Unruhe links.) Keiner von uns! (Zuruf: Der Abg. Szmulia!) Auch der hat es nicht gethan! Mit keinem Wort! (Lebhafte Widersprüche links.)

Abg. Szmulia (Btr.): Die Misshandlungen selber habe ich ebenso verurtheilt wie jeder andere. Wenn die Militärbeamten alles thun, was zur Verbesserung der Misshandlungen nötig ist, so kann man nichts mehr von ihnen verlangen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kap. Artillerie- und Waffenwesen kommt Abg. Dr. v. Marquardsen (nl.) auf die Ausführungen des Reichskanzlers über die Armeegewehre zurück. Abg. Ahlwardt hat legt hier wieder den Vorwurf gegen die Regierung erhoben, als ob die Kontrolle über die Gewehrfabriken nicht gründlich genug gewesen sei. Der Berurtheilte hat ja das Recht, bis zu einer gewissen Zeit auf den Richter zu schimpfen, aber wenn er das in seiner Stellung als Abgeordneter thut, so übernimmt er um so größere moralische Verantwortung. Den neulichen Bejduldigungen des Abg. Ahlwardt gegenüber wäre es doch angebracht, eine erneute Bestätigung des günstigen Urtheils über die Gewehre von der Regierung zu hören.

Kriegsminister v. Kaltenborn-Stachau: Auf die vom Herrn Ahlwardt in der Sitzung vom 9. März gehaltene Rede zu antworten, hielte ich nicht für nötig deshalb, weil von amtlicher Stelle, außerdem durch meine amtliche Erklärung vom 29. Mai vorigen Jahres und durch das gerichtliche Urtheil, das im Dezember vorigen Jahres gesprochen worden ist, wohl die Behauptungen Ahlwardts über die Waffenfrage genügende Beleuchtung gefunden haben. Ich hielte aber auch die Beantwortung nicht für wünschenswert, weil ich weder die Anfrage des Herrn Ahlwardt noch die Debatte, die sich an die Frage knüpfen würde, für vortheilhaft für das Vaterland halte. (Zustimmung.) Das in meiner Erklärung vom 29. Mat vorigen Jahres abgegebene Urtheil über die Waffen, welche die Firma Löwe der Armee geliefert hat, ist durch die inzwischen gemachten Erfahrungen voll und in jeder Beziehung bestätigt worden. (Hört, hört! links.) Wir erhalten die Waffen so kriegsbrauchbar und so vorreichlich wie nur irgend eine Waffe ist, die unsere Armee gegenwärtig in der Hand hat, und die Herren können in der Beziehung vollständig mit Vertrauen der Zukunft entgegen sehen. (Beifall.) Dann hat Herr Ahlwardt die Behauptung aufgestellt, daß 60 000 Läufe von einer Firma Koppel in Solingen an Löwe geliefert worden seien, welche die italienische Regierung bereits zurückgewiesen hätte. Diese Behauptung ist absolut falsch. (Hört! hört!) Die Läufe sind durch die Vermittelung der königlichen Gewehrfabrik Spandau an die Löwe-Fabrik geliefert worden, und zwar sind sie bezogen worden von Krupp und von einer Firma aus Lauchstädt. Eine Firma in Solingen hat überhaupt gar nicht an der Lieferung teilgenommen. Was ferner die eldesstattlichen Versicherungen betrifft, die Ahlwardt neuerdings zugegangen sein sollen, so hat der Prozeß ergeben, daß derartige Aufnahmen verhältnismäßig leicht zu erlangen sind, daß sie aber keinen irgendwie bedeutenden Werth haben. Den Vorschlag aber erstmals zu nehmen, die Gewehre der Löwenischen Fabrik zurückzugeben, hat die Heeresverwaltung gar keinen Anlaß.

Abg. Richter (dfr.): Ich bedauere, daß Ahlwardt heute nicht zur Stelle ist. Nachdem er selbst diese Frage bei Beginn der Diskussion über den Militäretat angeschnitten hat, hat er sich der weiteren Erörterung entzogen (Hinterher). Wie ich höre, ist der Herr auf Agitationstreisen (Hinterher). Es ist ja leichter, Anklagen zu erheben, als hier angesichts der verantwortlichen Behörden für dieselben einzutreten. Ich konstatte einfach, daß der Abg. Ahlwardt parlamentarisch debutirt hat mit Unwahrheiten, die als solche sofort konstatiert worden sind. (Beifall.)

Abg. Dr. Marquardsen (nl.): Nach meiner Auffassung ist es von der größten Bedeutung, daß der Minister die neuen Behauptungen Ahlwardts bezüglich unserer Bewaffnung widerlegt hat. Ich danke ihm für seine Antwort.

Das Kapitel wird bewilligt.

Damit ist die Verathung des Ordinariums erledigt, bei dem im ganzen nach dem Antrage der Kommission 123 864 M. gestrichen werden.

Es folgt die Verathung des Extraordinariums. Abg. Dr. Müller (dfr.) bringt die Angelegenheit der Überlassung der fiktiven Galgenchanze an die Stadt Glogau zur Sprache. Auf eine Anfrage des Magistrats zu Glogau an das Kommando, ob die Galgenchanze aufgegeben werden sollte, erging ein verneinender Bescheid. Nun ist aber schon am 18. September 1889 bei Aufstellung des Rayonplanes seitens des Kriegsdepartements die Aufgabe der Galgenchanze verfügt worden. Die Militärverwaltung machte sich die Aenderung zu Nutze, indem sie der Stadtverwaltung, die die Chanze erwerben wollte, unerfüllbare Bedingungen stellte. Dieses Vorgehen, das ich nicht der Centralverwaltung, sondern den unteren Organen zur Last lege, ist kein loyales.

Generalmajor v. Funck: Der Fall ist uns nicht bekannt. Wir werden eine Untersuchung anstellen. Von einem illoyalen Vorgehen kann keine Rede sein. Die Militärverwaltung muß bestissen sein, ihre Interessen zu schützen.

Abg. Dr. Müller (dfr.): Gewiß muß die Militärverwaltung ihre Interessen schützen, aber sie muß doch auch den Thatsachen Rechnung tragen. Es ist der Stadtverwaltung, wenn nicht ein grober Schreibfehler vorsteht, eine falsche Auskunft gegeben worden, und das habe ich als illoyal bezeichnet. Der Vorwurf ist nicht der Centralverwaltung, sondern den untergeordneten Organen gemacht worden.

Generalmajor v. Funck weist den Vorwurf zurück, daß absichtlich eine falsche Auskunft ertheilt worden sei.

Darauf wird das Extraordinarium in nach den Beischüssen der Kommission erledigt, indem ohne wesentliche Debatte folgende Abträge vorgenommen werden: 1) die Forderung einer zweiten Rate von 130 000 M. für den Neubau von Magazinbäuden in Darmstadt, 2) die letzte Rate von 366 513 M. für Neubau und Ausstattungsergänzung einer Trainkaserne nebst Zubehör sowie eines Traindepots in Polen, 3) die Forderung von 100 000 Mark für Grunderwerb, befußt Neubau eines Dienstgebäudes für das Bezirkskommando in Düsseldorf, 4) die dritte Rate von 600 000 Mark für eine Artilleriekaserne in Wesel, 5) zweite Rate 300 000 Mark für eine zweite Kaserne im Köln, 6) 70 000 M. statt 100 000 Mark für ein Dienstgebäude des Bezirkskommandos in Köln, 7) für den Neubau eines Generalstabsgebäudes in Danzig 54 000 M. statt 60 000 M., 8) 154 000 M. statt 189 000 Mark für Remontedepots, 9) 140 000 M. statt 160 000 M. für Neubau und Ausstattungsergänzung eines Kavallerielements in Bittau, 10) die Forderung von 59 000 M. für ein Exerzierhaus in Ulm, 11) 2 960 000 Mark statt 4 000 000 M. für Beschaffung und Unterbringung von Feldbahnmaterial, 12) 2 500 000 statt 5 000 000 M. für Bevollständigung der wichtigeren Festungsanlagen.

Damit ist die Verathung des Militäretats erledigt und die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr (Postampfer vorlage, Eisenbahnnetz, Statut des Reichsschahamts sowie der Zölle und Verbrauchssteuern.

Schluss 5 Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 12. März. Der Militäretat ist im Reichstage berathen und bewilligt worden, ohne daß vom Bundesrathstisch her die wünschenswerthe Bereitschaft zur Erfüllung dringender und allgemeiner Anliegen des Reichstags ausgesprochen worden wäre. Die gestern zu Ende gegangenen Debatten über den Militäretat haben einen viel unerquicklicheren Eindruck gemacht als die parallelen Verhandlungen in früheren Sessionen. Die Herren Militärs haben einen merkwürdig schroffen Ton angegeschlagen, und die Gereiztheit, die sie in der Militätkommission wohl oder übel unterdrücken mußten, hat sich im Reichstage derart entladen, daß ähnliche, gewissermaßen nervöse Debatten wirklich seit Langem nicht dagewesen sind. Der Kriegsminister, statt zu mildern und zu beschwichtigen, ging vielmehr voran. Er gilt sonst für eine versöhnliche, bei aller dienstlichen Knappheit und Geschlossenheit seines Weisens entgegenkommende Natur. In diesen letzten Tagen dagegen ist er wie eine Rakete jedesmal aufgeprallt, so oft er das Wort nahm. Die Antworten auf die Entblüssung standesloser Fälle von Soldatenmitthandlungen hätten, unbeschadet des Ansehens und der Tugend der Verwaltung, ungleich befriedigender lauten können; sie hatten durchweg einen spitzen, vornehmthüterischen, wegwerfenden Ton. Daß die Fragen nach dem Stande der Reform des Militärstrafverfahrens eine mehr als unbefriedigende Erwiderung fanden, ist das Betrübnis an der ganzen Militärdebatte. Der Abg. v. Marquardsen konnte mit Recht bemerken, daß die verbündeten Regierungen für die Heeresreform keinen besseren Vorspann als diese so unabdingt nötige Verbesserung des militärischen Strafverfahrens gewinnen könnten. Aber der preußische Militarismus will nicht, und darum wird auch nichts geschehen. Nach den zahlreichen Dissonanzen der Militärdebatte war es wenigstens ein voller Aufford, daß der Kriegsminister die neuen Ahlwardtschen Verleumdungen so abhat, wie es sich gebührte.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ dementirt die Nachricht, daß der Reichskanzler unmittelbar nach der Freitagsitzung der Militätkommission des Reichstags dem Kaiser Vortrag gehalten habe. Ebenso wenig habe der Reichskanzler an der am Sonnabend abgehaltenen Sitzung des Staatsministeriums teilgenommen.

Brandenburg, 11. März. Bei der heutigen Präsentationswahl zum Herrenhause für den Landschaftsbezirk Sülmer-Land ist der Rittergutsbesitzer von Kries-Friedenau, Kreis Thorn, gewählt worden.

Amberg, 11. März. Amthliches Wahlergebnis für den zweiten Wahlkreis der Oberpfalz (Amberg) stattgehabten Reichstagssatzwahlen. Abgegeben wurden insgesamt 9185 Stimmen. Davon erhielt Bürgermeister Riß (Btr.) 6773, Fabrikbesitzer Heindl (liberal) 1110 und Schuhmacher Siebenbürger (sosd.) 591 Stimmen. Bürgermeister Riß ist mithin gewählt.

## Lokales.

Posen, 13. März.  
p. Aushebung. Bei der am Sonnabend im fünften Polizeirevier (Wallstraße und Schröder) vorgenommenen Aushebung wurden von 187 Stellungspflichtigen 66 für brauchbar befunden. 83 wurden auf ein Jahr zurückgestellt. 6 kamen in die Erstaufnahme.

17 in den Landsturm mit Waffe und sieben in den Landsturm ohne Waffe.

p. Einbruch. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag versuchten Diebe in einem Stallgebäude in der Margarethenstraße zu Wilsa einzubrechen. Dieselben müssen indessen dabei etwas ungeschickt vorgegangen sein, denn die Einwohner in dem nahen Wohngebäude wachten über das Geräusch auf, sodass die Strolche schleunigst die Flucht ergreifen mussten. Die nun angestellte Jagd blieb erfolglos und auch von den hinter den Dieben her abgefeuerten Schüssen traf keiner.

\* Feuer. Gestern Mittag 12 Uhr war Viktoriastraße 8 in einem Keller ein Petroleumfass mit geringem Inhalt, sowie in der Nähe befindliche Kisten etc. auf bisher nicht ermittelte Weise in Brand geraten. Von der alarmirten Feuerwehr wurde der Brand mit einer Schlauchleitung vom Hydranten aus in kurzer Zeit gelöscht.

## Telegraphische Nachrichten.

Effen a. d. Mahr. 11. März. Von der hiesigen Strafkammer wurde heute der Vorsitzende des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes zu Dortmund, Schröder, und der Streikagitator Margraf zu Gelsenkirchen, welche der Aufreizung zum Ungehorsam gegen die Gesetze durch Reden in den Bergarbeiterversammlungen und durch Verbreitung von Flugblättern während der Ausstandszeit angeklagt waren, und zwar Schröder zu 4 Monaten, Margraf zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Bremen, 11. März. Der von Calcutta angelommene deutsche Dampfer "Europa" ist beim Bremerhavener Kaiserhafen im Fahrwasser gesunken, die Mannschaft ist gerettet. Wie es heißt soll das Schiff mit dem englischen Dampfer "Alvah" in Kollision gewesen sein. Die "Alvah" ankert auf der hiesigen Rhede.

Dresden, 11. März. Die internationale Sanitätskonferenz wurde heute Nachmittag 2 Uhr im Gebäude des Ministeriums des Auswärtigen eröffnet. Staatsminister v. Mezich hielt die Eröffnungsrede, in welcher er die Bedeutung der Konferenz hervorhob. Darauf wurde zum Vorsitzenden der preußische Gesandte Graf von Dönhoff gewählt, welcher die Verhandlungen einleitete. Die eigentlichen Sitzungen beginnen am nächsten Dienstag.

Wien, 11. März. Die "Politische Korrespondenz" meldet aus Sofia: Elf Bürgermeister von Gemeinden der Diözese Tarnovo richteten neuerdings an die Regierung das Eruchen, den Metropoliten Clement vor Gericht zu stellen und die Neuwahl eines Bischofs anzuberaumen. Ein gleiches Ansuchen wurde an den Exarchen Joseph gerichtet.

Wien, 11. März. Der "Politischen Korrespondenz" wird aus Sofia gemeldet: Der Kassationshof entschied, dass die eventuelle Verweisung des Metropoliten Clement vor die ordentlichen Gerichte nicht einer besonderen Zustimmung der kirchlichen Oberbehörde oder des Kultusministeriums bedürfe.

Pest, 10. März. Der Abschnitt des bischöflichen Memorandums betreffend die Zivilehe führt aus, die Zivilehe verleihe tiefs das allgemeine religiöse Gefühl, verleihe die Dogmen über die christliche Ehe und nehme die Ehe aus der Hand der Kirche, die kirchliche und die bürgerliche Ehe schließen einander aus. Alsdann weist das Memorandum auf die Riede Julius Androssys im Oberhause vom Jahre 1883 hin, in welcher dieser darlegte, dass die Zivilehe in den Ländern, in denen sie eingeführt sei, die Intoleranz und den religiösen Brust in den Familien und der Gesellschaft gestiegen habe, dass er die Zivilehe als Resultat des Kampfes zwischen der staatlichen Allgewalt und der Kirche betrachte, dass es bei jedem Kampfe Sieger und besiegte gebe, in religiösen Fragen aber der längste Vergleich besser sei als der glänzende Sieg. Das Memorandum behauptet, dass in Ländern mit Zivilehe, beispielsweise in Preußen, die Entchristianisierung Platz greife. Nach Ansicht des Memorandum wäre der Zivilstaat in Deutschland unpopulär; das evangelische sowie das katholische Volk Deutschlands verachten demselben die Anerkennung seiner eignethümlichen Rechtswirkungen.

Pest, 11. März. [Abgeordnetenhaus.] Im Verlaufe der Kultusdebatte erklärte der Kultusminister Graf Csaky, das Regierungsprogramm sei von der unerträglichen Logik der Thatjächen dictirt; wer die Kompromittierung der Autorität des Staates nicht wünsche, müsse sich auf diese liberale Basis stützen. Die allgemeine obligatorische Zivilehe müsse der Revision des Gesetzes vom Jahre 1868 vorausgehen; die Bedenken betreffend der Nationalitäten seien unbegründet. Die kirchenpolitischen Reformen, von denen einige zu Neujahr ins Leben treten werden, würden die ungarische Staatsidee kräftigen. Die Regierung werde unter keinen Umständen auf ihr Programm verzichten. Abg. Asboth kam auf seine gestrige von Koloman Tisza ausdrücklich Lügen gestrafe Behauptung zurück. Tisza habe als Ministerpräsident den Grafen Kálmán veranlaßt, sich an den Pest zu wenden wegen Einflussnahme der Kurie auf die ungarischen Wahlen zu Gunsten der Regierung, wofür Tisza die Preisgabe der Nothzivilehe zugesagt habe. Da Tisza der heutigen erneuten Behauptung Asboth's, er sei selbst durch den damaligen Sektionschef Szegvány mit der Redaktion der betreffenden Note betraut gewesen, abermals den entschiedenen Widerproach entgegensezte, forderte der Abgeordnete Julius Horvath den Ministerpräsidenten auf, zur Klärstellung des Sachverhaltes sich sofort an den Minister des Auswärtigen zu wenden und dem Abgeordnetenhaus in einer der nächsten Sitzungen Bericht zu erstatten. Horvath erklärte, der Verdacht der Anrufung eines auswärtigen Machtfaktors durch den ungarischen Ministerpräsidenten dürfe nicht bestehen bleiben. Tisza müsse entweder von der gegen ihn erhobenen Anschuldigung gereinigt werden, oder es müsse Klage gegen ihn erhoben werden. Bestätigt sich die Pflichtverlegung Tiszas, so habe er im Abgeordnetenhaus nichts mehr zu suchen.

Pest, 11. März. Das "Ung. Corr.-Bureau" erklärt gegenüber anderweitigen Blättermeldungen auf Grund authentischer Information, die ungarische Regierung habe in der Angelegenheit Asboth-Tisza keinerlei Anfrage an den Grafen Kálmán gerichtet; auch sei in makelhaften Kreisen von einem ähnlichen Schritte Tiszas in derselben Angelegenheit nichts bekannt.

Petersburg, 12. März. Gestern Abend fand bei dem deutschen Botschafter General v. Werder ein glänzender Rount statt, welchem die Großfürsten, die Hofchargen, das diplomatische Corps und zahlreiche Notabilitäten beiwohnten.

Christiania, 11. März. Gestern und heute fand im Storting die Debatte betreffend die beiden zur Konsulatsfrage eingebrochenen Anträge statt. In der heutigen Sitzung wurde folgender Antrag der Linken als Nachtrag zum ersten Antrage derselben eingeholt: Das Storting spricht aus, dass eine Verhandlung mit der schwedischen Regierung über die Ordnung der Behandlung der diplomatischen Angelegenheiten nur stattfinden kann auf freier Grundlage, welche die Prüfung und Besprechung auch der eigenen norwegischen und schwedischen auswärtigen Angelegenheiten um-

fazt, und zwar kraft des Rechtes sowohl Norwegens wie Schwedens, seine auswärtigen Angelegenheiten unter völlig genügender Verantwortlichkeit in konstitutioneller Hinsicht zu ordnen.

Rom, 10. März. Der Municipalrat stimmte heute dem Programm zu, welches der Bürgermeister für Festlichkeiten anlässlich des Besuches des Kaisers Wilhelm und der Kaiserin Auguste Victoria aufgestellt hat und ertheilte aus diesem Anlaß dem Bürgermeister ein besonderes Vertrauensvotum.

Paris, 10. März. Die Heereskommission der Deputirtenkammer hat, unter Zurücknahme ihres vorgestrittenen Beschlusses, die Errichtung des militärischen Grades eines Armeekorps-Kommandanten genehmigt. — Brisson legte heute sein Amt als Präsident der Panama-Untersuchungs-Kommission nieder.

Paris, 11. März. [Deputirtenkammer.] Die Beurtheilung der Interpellation Turrel über die Wirtschaftspolitik der Regierung wurde auf Dienstag festgesetzt. — Lamarque, von der Rechten, verlangte Mittheilung der von Herz an verschiedene politische Persönlichkeiten gesandten Depeschen, welche Drohungen enthielten. Der Conseil-président Ribot erwiederte, der Untersuchungsrichter Franquerelle hätte verlangt, die Abschrift der zwischen Herz, Reinach und Fontane gewechselten Telegramme mit Beischlag zu belegen. Dieselben hätten sich aber in den Postarchiven befunden; die Telegramme seien vor 2 Jahren vernichtet worden um Raum zu schaffen; wenn Abzüsse vorhanden wären, so würde er (Ribot) sie dem Untersuchungsrichter mittheilen. Der Zwischenfall war damit erledigt.

Paris, 11. März. Infolge der Aussagen Soinourys in der heutigen Verhandlung des Panama-Bestechungsprozesses hat der Justizminister Bourgeois seine Entlassung eingereicht.

Paris, 12. März. Die Deposition der Frau Cottu und des ehemaligen Direktors der allgemeinen Sicherheit, Soinoury, in der gestrigen Verhandlung des Panamaprozesses wird, wie verlautet, in der morgenden Kammer sitzung eine Interpellation zur Folge haben, die voraussichtlich zu stürmischen Debatten führt. Der "Figaro" sieht die Möglichkeit einer abermaligen Ministerkrise voraus. Der "Matin" sagt, zwischen Ribot und Bourgeois habe schon früher ein solidarisches Verhältnis bestanden, dasselbe bestehe auch jetzt noch. Der "Gaulois" bemerkt, die ministerielle Verantwortlichkeit sei in Folge der Aussagen der Frau Cottu engagiert. Die meisten Blätter fällen ein scharfes Urtheil über Soinoury.

Paris, 12. März. In dem Schreiben, in welchem der Justizminister Bourgeois dem Ministerpräsidenten Ribot seine Demission mittheilt, heißt es, die Aussage Soinourys in der gestrigen Verhandlung des Panama-Bestechungsprozesses entlaste ihn nicht in der Weise, wie er es für einen Justizminister erforderlich erachte; auch habe Soinoury nicht der Wahrheit gemäß festgestellt, dass er, (Bourgeois) niemals seine Ermächtigung ertheilt habe, bezüglich des Panamaprozesses Schritte bei Frau Cottu zu thun. Er halte es deshalb für unumgänglich nothwendig, seine Freiheit wieder zu erlangen, um jeden Verdacht zu befreiten.

Paris, 11. März. Die Panama-Untersuchungskommission beschloß einstimmig, die Demission Brissons nicht anzunehmen. Ferner beschloß die Kommission, den Ministerpräsidenten Ribot und den Justizminister Bourgeois vorzuladen und dieselben zu befragen über die ergriffenen Maßnahmen zur Verhaftung Artons, über die unter Siegel gelegten Gegenstände, über die Maßnahmen zur Auslieferung Herzls und über die Freilassung Cottu.

Die Deputirtenkammer genehmigte die Gesetzesvorlage über die Sparkassen.

In der ersten Dekade des Monat März überstiegen die Rückzahlungen aus den Staatssparkassen die Einlagen um nahezu 28 Millionen Franks.

Paris, 12. März. Die Minister traten heute Vormittag zu einer Sitzung zusammen, um über die durch den Rücktritt Bourgeois geschaffene Lage zu berathen. In der Regierung nahestehenden Kreisen wird angenommen, dass die Krise eine partielle bleiben werde. Die Minister würden sich bemühen, Bourgeois zu bewegen, von seinem Entschluss zurückzukommen. Jedenfalls würde, damit Bourgeois sich vor dem Schwurgericht und vor der Deputirtenkammer verantworten könne, das Justizministerium inzwischen interimistisch verwaltet werden. Voraussichtlich würde Deveille dasselbe interimistisch übernehmen. Heute Abend findet wiederum ein Ministersterrath statt.

Paris, 12. März. Zahlreiche Blätter machen den Justizminister Bourgeois für das Vorgehen Soinourys verantwortlich; auch der Conseil-président Ribot habe in dieser Angelegenheit eine schwere Schuld auf sich geladen, da er, obwohl er Soinourys Treiben kannte, demselben in den letzten Tagen noch einen wichtigeren Posten übertraut habe. Das "Journal des Débats" erklärt, die öffentliche Meinung sei erregt und entrüstet und verlange unzweideutige Auflklärungen; eine einfache Demission des Ministers allein mache dieselben nicht überflüssig.

Paris, 12. März. Brisson hält seine Demission als Vorstzender der Panama-Untersuchungs-Kommission aufrecht. Sein Leid ist zwar ernst, aber nicht beunruhigend.

Bourgeois beabsichtigt, wie verlautet, seine Vernehmung als Zeuge vor dem Schwurgericht in dem gegenwärtigen Prozess zu verlangen. Auch vor der Kammer würde sich derselbe über den durch die Aussage von Frau Cottu hervorgerufenen Zwischenfall aussprechen.

Madrid, 11. März. Nach einer Meldung aus Bilbao verursachte daselbst die Wahl eines klerikalen Deputirten eine lebhafte Unruhe. Eine Volksmenge versuchte in das Rathaus einzudringen, wurde jedoch durch Gendarmerie zerstreut. Die Leute gab dabei einige Schüsse ab. Die Ruhe ist noch nicht wiederhergestellt; zahlreiche Trupps durchziehen lärmend die Stadt.

London, 10. März. [Oberhaus.] Der Erste Lord der Admiraltät Spencer erklärte, die Regierung habe die Nothwendigkeit empfunden, die Stärke Englands als exiter Seemacht zu behaupten. Wenn man die englische Flotte mit den Flotten Frankreichs und Russlands vergleiche, so bestreite England eine bedeutende Überlegenheit an Schlachtschiffen, aber diese Überlegenheit würde 1896/97 nicht mehr bestehen. Daher wäre es nötig gewesen, die Zahl der Schlachtschiffe zu vermehren, und mit den noch zu bauenden Schiffen werde England 1896/97 58 Schlachtschiffe gegen

64 französische und russische Schlachtschiffe besitzen. Von Kreuzern werde im Jahre 1897 England 62 gegen 40 französische und russische besitzen.

London, 11. März. [Unterhaus.] Der Präsident des Handelsamts, Mundella, erwiderte auf eine Anfrage, die Regierung habe der Kanaltunnel-Gesellschaft nicht angezeigt, dass sie die Ablehnung der Tunnelbau-Bill beantragt werde, und wolle den bezüglichen Schritt dem Hause überlassen. Der Parlaments-Sekretär des Auswärtigen, Grey, bemerkte ebenfalls auf eine Anfrage, das Haus werde erahnen haben, dass die Vorlage, betreffend die Annexion Hawaii durch Nordamerika im amerikanischen Kongress zurückgezogen worden sei; eine offizielle Mitteilung darüber sei der Regierung nicht zugegangen. Der Staatssekretär des Krieges, Campbell-Bannermann, erklärte, dass noch kein definitiver Beschluss darüber gefasst sei, ob ein Garde-Bataillon nach Egypten geführt werden solle. Nach mehr als siebenstündig Debatte wurde ein Antrag angenommen, zur Spezialberatung des Kriegsbudgets überzugehen. Der Kriegsminister Campbell-Bannermann beantragte hierauf, den Bräsenstand des Heeres für England und die Kolonien, ausgenommen Indien, mit 154 442 Mann festzusetzen. Bannermann erklärte, er habe keine großen Veränderungen vorzuschlagen; das seit zwanzig Jahren bestehende System werde fortgesetzt werden. Die Ausführung der Absicht, ein Bataillon aus Egypten abzurufen und ein anderes Bataillon dadurch ein Bataillon Garde zu ersetzten, sei durch die jüngsten Ereignisse nicht nur verhindert worden, vielmehr sei eine Verstärkung nothwendig geworden. Sobald die gegenwärtige Nothwendigkeit der Vermehrung der Truppen in Egypten vorüber sei, werde ein Bataillon zurückgezogen werden. Das System der Organisierung eines Armeekorps für den auswärtigen Dienst sei aufzugeben, dagegen werde eine Feldstreitmacht von 20 000 Mann stets für einen jener kleinen Kriege bereit gehalten, die England vor Gott zu führen genötigt sei. Die Debatte wurde hierauf vertagt.

London, 11. März. Nach einer Meldung der "Times" aus Buenos-Aires beharrt der Minister für Armee und Marine General Victoria trotz der Bitten des Präsidenten der Republik und des Kabinetts auf seiner Demission.

Ein Versuch der Radikalen in Salta, eine aufständische Bewegung in der Armee hervorzurufen, ist missglückt. Viele herausragende Persönlichkeiten der Provinz sind verhaftet worden.

London, 11. März. Der "Standard" meldet aus New York, die Lage der Staatskasse sei durch das von Chicago gemachte Anwerben von 10 Millionen Dollars in Gold erheblich getärtzt.

London, 12. März. Nach einer Meldung des "Reuters" aus Cairo von gestern ist der Gouverneur des Suez-Kanals, Mahmud Naz Pascha, ein Sohn des Premierministers, zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern ernannt worden, an Stelle Schukri Pascha, der den Posten als Gouverneur des Suez-Kanals erhielt.

Belgrad, 11. März. Unter den zu Skupschtna-Abgeordneten gewählten vier Fortschrittler befindet sich auch Garashanin.

Belgrad, 11. März. Amlichen Berichten zufolge dürfte die Regierung in der Skupschtna über eine Mehrheit von neun Stimmen verfügen. Das endgültige Ergebnis wird erst übermorgen nach dem Einlangen sämtlicher Akten bekanntgegeben werden.

Belgrad, 11. März. Nach dem bisher bekannt gewordenen Wahlausultat sind etwa 65 Liberale, 64 Radikale und vier Progressisten gewählt. Erhebliche Ruhstorungen sind nicht vorgekommen.

Athen, 11. März. Der Minister des Innern, Theotokis, hat sich — wie verlautet zur Fortsetzung von Verhandlungen über die beabsichtigte Aufnahme einer Anleihe — nach London begeben.

Sofia, 10. März. Der Municipalrat votierte einen Kredit von 100 000 Francs für die Vorbereitungen zum Empfang des prinzlichen Paars nach der Vermählung. Der "Swoboda" zufolge wird dieselbe in den ersten Tagen des Aprils a. St. stattfinden.

Paris, 13. März. In der gestern Abend stattgehabten Kammer sitzung erklärte Ribot, Bourgeois beharrte auf seiner Demission. Ribot ließ von Carnot ein Dekret unterschreiben, wonach Deveille interimistisch das Justizportefeuille anvertraut wird.

Sofia, 13. März. Prinz Ferdinand, der infolge einer durch seine Winterreisen verursachten Erfaltung an starken neuralgischen Schmerzen leidet, berief Professor Politzer aus Wien zu sich, welcher eine rheumatische Otitis konstatierte und absolute Ruhe anordnete.

Hauptgeminn der Baares Geld ziehung schon diesen Donnerstag ohne Abzug. Lose noch einige abzugeben. Lindau & Winterfeld, Posen, Wilhelmsplatz 3.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1893.

Datum	Barometer auf 0 Stunde 66 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. Grad
11. Nachm. 2	755,8	NW	Sturm	+ 4,0
11. Abends 9	760,0	W	frisch	+ 0,5
12. Morgs. 7	753,4	SW	frisch	- 2,9
12. Nachm. 2	752,6	W	stürmisch	+ 9,0
12. Abends 9	752,2	SW	mäßig	+ 3,7
3. Morgs. 7	750,3	S	mäßig	+ 2,3

<sup>1)</sup> Früh Hagel. <sup>2)</sup> Nachts Schnee.

Am 11. März Wärme-Maximum + 4,2° Cels.

Am 11. = Wärme-Minimum 0,5° =

Am 12. = Wärme-Maximum + 9,7° =

Am 12. = Wärme-Minimum 0,5° =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 11. März Mittags 3,32 Meter

= 12. = Morgens 3,26 =

= 13. = Morgens 3,24 =

Baumwolle. Ruhig. Uplandmdd. lota 48<sup>1/2</sup> Bt. Upland

middle, nichts unter som middl. auf Le. mindestens v. März 48<sup>1/4</sup> Bt., v. April 48<sup>1/2</sup> Bt., v. Mai 48<sup>1/4</sup> Bt., v. Juni 49 Bt., v. Juli 49<sup>1/2</sup> Bt., v. August

